

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 11.11.2024 um 14:30 Uhr
Elisabeth Hoffmann-Saal (Kuppelsaal) im Forum Alte Post, Poststraße

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	44

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

außer TOPs 10.1.3, 10.2.3, 10.3.3, 10.3.4

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Vorsitzender bei TOPs 10.1.3, 10.2.3, 10.3.3,
10.3.4

Mitglieder

Herr Florian Bandner

Herr Florian Bilic

Herr Artur Bobowski

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

ab 15.50 Uhr

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Hans-Jürgen Demberger

Frau Barbara Deutschmann

Herr Giuseppe Di Benedetto

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Kim Germann

ab 15.40 Uhr

Frau Bärbel Göllner

Herr Gernot Gölter

Herr Volker Haberkost

Herr Gerhard Hussong

Herr Andreas Jakobi

Frau Helga Knerr

Herr Jochen Knerr

Herr Frederic Krämer

Frau Brigitte Linse

Herr Dr. Bernhard Matheis

Frau Gudrun Matheis

Herr Bernd Maus

Frau Christine Mayer

Herr Dan-Odyseas Miliadis

Herr Ralf Müller	
Herr Philipp Scheidel	
Frau Sabine Schunk	
Herr Bernd Schwarz	
Herr Tobias Semmet	
Frau Annette Sheriff	
Herr Martin Stabel	bis 16.50 Uhr
Herr Bernd Süssig	
Herr Sebastian Tilly	
Herr Jan Philipp Weimann	
Herr Erich Weiß	
Herr Bastian Welker	
Herr Steven Wink	
Herr Luis Wittmer	
Herr Heinrich Wölfling	

Protokollführung

Frau Stefanie Huber	bis TOP 6
Frau Iveta Leidinger	ab TOP 7

von der Verwaltung

Frau Stefanie Huber	bis TOP 6
Frau Annette Legleitner	
Frau Kimberly Lemmens	
Herr Oliver Minakaran	
Frau Iris Brandt	bei TOP 4
Frau Judith Diener	bei TOP 3
Herr Robert Huber und Herr Heiko Burkhart	bei TOP 8
Frau Angela Lelle	bei TOP 7
Herr Andreas Mühlbauer	bei TOP 4
Herr Michael Noll	bei TOP 2
Herr Steffen Schmitt	bei TOP 5
Herr Karsten Schreiner	bei TOP 2 und 3
Herr Maximilian Zwick	

Hinzugezogen

Herr Jens Funda	bei TOP 1
Frau Rudat, KAIR GmbH und Herr Riesling, RKR	bei TOP 3
Herr Martin Forster, Städtisches Krankenhaus	bei TOP 10.1 und 10.2
Herr Ralph Stegner	bei TOP 10.3 und 10.4

Abwesend:

Mitglieder

Herr Klaus Jürgen Hartmann

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:30

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende bittet darum, Tagesordnungspunkt 9 Ausbau der Straße "Am alten Friedhof" abzusetzen, da die Beschlussfassung im Zusammenhang mit der Vorstellung der Planung im Hauptausschuss erfolgen soll.

Der Stadtrat beschließt dies einstimmig.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Projektvorstellung Stadtentwicklung Innenstadt
2. Parkplatzbewirtschaftung
3. Projektvorstellung B&B Hotel
4. Einbringung des Haushaltes 2025
5. Berichterstattung Beirat für Migration und Integration
6. Bildung Schulträgerausschuss
7. Anwendung der Fortschreibung des Schlüssigen Konzeptes
8. Neubau Schulzentrum Nord - Grundsatzbeschluss
9. Auftragsangelegenheiten
 - 9.1. Auftragsvergabe für eine Drehleiter DLA(K) 23-12
10. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO - Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der
 - 10.1. Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH

- 10.1.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2023
 - 10.1.2. Entlastung der Geschäftsführung 2023
 - 10.1.3. Entlastung des Aufsichtsrates 2023
- 10.2. Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH)
 - 10.2.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2023
 - 10.2.2. Entlastung der Geschäftsführung 2023
 - 10.2.3. Entlastung des Aufsichtsrates 2023
- 10.3. "Der Rheinberger" Verwaltungsgesellschaft mbH
 - 10.3.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2023
 - 10.3.2. Entlastung der Geschäftsführung 2023
 - 10.3.3. Entlastung des Aufsichtsrates 2023
 - 10.3.4. Bestellung der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024
 - 10.3.5. Wirtschaftsplan 2025
- 10.4. "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG
 - 10.4.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2023
 - 10.4.2. Entlastung der Geschäftsführung 2023
 - 10.4.3. Entlastung des Aufsichtsrates 2023
 - 10.4.4. Bestellung der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024
 - 10.4.5. Wirtschaftsplan 2025
- 11. Spendenannahme gemäß § 94 Abs. 3 GemO
- 12. Anträge der Fraktionen
 - 12.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2024 bezüglich "Kindertagesbetreuung"
 - 12.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2024 bezüglich "Installierung öffentlicher Trinkwasserbrunnen"
- 13. Anfragen und Informationen

zu 1 **Projektvorstellung Stadtentwicklung Innenstadt**

Der Vorsitzende zeigt auf, die Stadt stünde vor großen Veränderungen im Bereich der medizinischen Versorgung. Bereits jetzt herrsche in Deutschland ein großer Ärztemangel, der sich in den kommenden Jahren immer mehr verstärken werde. Dies führe zu Veränderungen für den niedergelassenen Bereich und auch für die Krankenhäuser.

Bei den Krankenhäusern befände man sich bereits in einer umfassenden Strukturreform. Die Zahl der Krankenhäuser werde sich in den nächsten Jahren deutlich reduzieren. Die Versorgung werde sich auf wenige zentrale Orte beschränken, wo bestimmte Aufgaben konzentriert werden.

Auch im niedergelassenen Bereich würden Praxen aus der Fläche verschwinden. An zentralen Orten werde es zu zentralen Medizin-Standorten kommen.

Niedergelassene Praxen und Krankenhäuser stünden dabei in einer direkten Beziehung. Die Krankenhäuser seien auf die Zuweisungen ortsansässiger Praxen angewiesen, die Praxen auf eine gute stationäre Versorgung der Patienten.

Für Pirmasens gelte es daher, sich als zukünftiger zentraler Medizin-Standort zu behaupten.

Mit der Fusion des Städtischen Krankenhauses Pirmasens und des Krankenhauses Rodalben habe die Stadt vor zwei Jahren einen wichtigen Schritt zum Erhalt des Pirmasenser Krankenhauses gemacht.

Das Krankenhaus habe nun eine überlebensfähige Größe und könne sich als Schwerpunktversorger für die Region weiter etablieren. Pirmasens habe durch das Krankenhaus die Chance, ein medizinischer Standort zu werden.

Unverzichtbar sei es aber auch, die ambulante Versorgung durch niedergelassene Praxen zu stärken. Denn nur, wenn ambulante und stationäre Versorgung „Hand in Hand“ gingen, könne sich der Standort so positiv weiterentwickeln.

Er führt aus, dass in der heutigen Sitzung ein Projekt vorgestellt würde, das für Pirmasens eine große Chance bedeute.

Denn Herr Funda möchte mit seiner erfolgreichen Praxis „PS Docs“ in Erweiterung des bereits bestehenden Medi-Centers ein „MVZ“ auf dem Messegelände errichten.

Dabei sollten weitere Praxissitze nach Pirmasens geholt werden, um das bereits sehr umfassende Angebot weiter ausbauen zu können. Dadurch werde die ambulante fachärztliche Versorgung von Pirmasens verbessert und deutlich gestärkt. Auch die Zuweisungen an das Städtische Krankenhaus Pirmasens wären gesichert.

Herr Funda benötige nun die Unterstützung des Stadtrates, da für den Bau des Großprojekts eine städtische Fläche benötigt werde.

Er teilt mit, dass Herr Funda das Projekt nun vorstellen werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass unabhängig von dem Vorhaben von Herrn Funda ein Handlungsbedarf bzgl. der Parksituation auf dem Messegelände bestehe, denn bereits jetzt sei dort die Parksituation in Stoßzeiten für Besucher des Medi-Centers angespannt.

Da sich das Projekt zusätzlich auf die Parksituation auswirken werde, habe die Stadt ein Gutachten eingeholt und eine gute Lösung erarbeitet, welche unter TOP-2 beraten werden solle. Deshalb werde unmittelbar im Anschluss an die Vorstellung zu TOP 1 über TOP 2 informiert und beraten.

Sodann stellt Herr Funda anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) das Projekt vor.

Er zeigt auf, man habe in Deutschland zwei Möglichkeiten, wachsen oder schrumpfen. Die Strukturreform sei im Rollen, wodurch es noch schwieriger werde. Chronisch Kranke seien ein Schwerpunkt mit überregionaler Bedeutung.

Es sei schwierig, Hausarztpraxen nachzubeseetzen, da die Work-Life-Balance immer wichtiger werde und die jüngeren Ärzte so eher als Angestellte statt als Selbstständige arbeiten wollten.

Geplant sei für das MVZ ein 3,5/4-stöckiges Gebäude mit u.a. Unfall-, Hand- und Fußchirurgie, Ernährungsberatung und einem Dermatologen. Letztere seien jedoch schwer zu finden. Außerdem sei ein Rheumatologe gewünscht, jedoch gebe es leider nur wenige. Ein ambulantes Reha Zentrum sei auch in Planung. Zurzeit gebe es lediglich eins in Landstuhl, jedoch mit langen Wartezeiten.

Er wende sich nun an die Stadt Pirmasens mit der Bitte um Unterstützung.

Der Vorsitzende dankt Herrn Funda für seine Ausführungen.

Ratsmitglied Eyrisch zeigt auf, der Weg eines gesunden Wachstums sei gut und sie sei dankbar, dass Herr Funda sich für diesen Weg entschieden habe. Das Projekt sei ein großer Beitrag für eine bessere medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Die CDU unterstütze das Projekt.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich bei Herrn Funda und teilt mit, auch die SPD habe in der Vergangenheit für die Ärzteversorgung gekämpft und werde deshalb Herrn Funda und sein Projekt unterstützen. Er fügt hinzu, ein Dermatologe wäre besonders wünschenswert.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, leitet der Vorsitzende zu TOP 2 über.

zu 2 Parkplatzbewirtschaftung

Vorlage: 1932/II/66.2/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Stadtratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 05.11.2024 und begrüßt die Herren Schreiner und Noll.

Herr Schreiner teilt mit, es habe bereits vor 15 Jahren Diskussionen über ein Ärztehaus an der B10 außerhalb der Stadt gegeben, das jedoch nur rein mit dem Auto erreichbar gewesen wäre, was stadtplanerisch nicht zu befürworten sei. Deshalb habe man sich innerstädtisch auf Standortsuche begeben und sei an der Messe fündig geworden. Es sei ein Bebauungsplan entwickelt worden, die Messehalle 1 zu einem MVZ umzubauen. Das Projekt sei während der Planungsphase geschrumpft. Baurecht für einen zweiten Bauabschnitt liege bereits vor. Auch nach heutiger Sicht sei der Standort an der Messe aus städteplanerischer Sicht eine gute Stelle für ein MVZ.

Das Medi-Center sei mit Bus und Auto gut erreichbar, auch aufgrund der Innenstadt Nähe. Allerdings gebe es bereits heute Beschwerden über fehlende Parkplätze. Nach der jetzigen Planung für das neue MVZ würden vorhandene Parkplätze wegfallen, ungefähr 24 private und ca. 45 öffentliche. Gleichzeitig betrage der Stellplatzbedarf für das geplante MVZ ca. 100 Parkplätze. Die Auslastung des Messeparkplatzes werde sich dadurch weiter erhöhen und es seien Auswirkungen auf den öffentlichen Raum zu erwarten. Deshalb habe die Verwaltung eine Wirkungsabschätzung mit Ableitung der Handlungsempfehlungen beauftragt. Er erläutere die Wirkungsabschätzung. Im Ergebnis werde empfohlen, eine Höchstparkdauer von vier Stunden einzurichten. Um den ruhenden Verkehr gezielt zu lenken, Parksuchverkehr zu reduzieren und Anwohnende zu entlasten, solle das Bewohnerparken angegangen werden.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass vier Stunden ausreichend seien für einen Arztbesuch.

Beigeordneter Clauer zeigt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) auf, wie man zusätzliche Parkplätze auf dem Parkplatz der Messe schaffen wolle. Man wolle auch den Verbindungsweg zur Steinstraße zu einer Einbahnstraße umfunktionieren, um so Parkplätze an der Seite der Straße zu schaffen. Des Weiteren habe man am Hang in der Steinstraße weitere Parkplätze geplant. Insgesamt seien es 55 neu geplante Parkplätze. Zusätzlich könne man den Parkplatz der unteren Messe öffnen oder der Parkplatz an der Neuffertreppe könne genutzt werden.

Man wolle unter der Woche kostenloses Parken für vier Stunden ermöglichen, samstags und am Wochenende länger, ebenfalls ohne Kosten.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich für die Vorstellung und fragt an, wie man das Vorhaben kommunikativ umsetzen wolle.

Beigeordneter Clauer ergänzt, dass eine Ausschilderung laut StVO eingerichtet werde und zusätzlich weitere Hinweise gesondert auf dem Parkplatz ergänzt würden.

Der Vorsitzende gibt wieder, dass die Regelung nur werktags von 7-17 Uhr gelten solle.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen zu TOP 1 und TOP 2 gibt, leitet der Vorsitzende zur Abstimmung über.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Im Rahmen des Parkraumkonzeptes für die Innenstadt wird die Verwaltung angewiesen, für den oberen Messeparkplatz, zwischen den Zufahrten in der Zeppelinstraße und der Steinstraße, eine zeitliche Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze einzurichten und zu überwachen.

Die bestehende monetäre Bewirtschaftung der Wohnmobilstellplätze bleibt unberührt.

zu 3 **Projektvorstellung B&B Hotel**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Stadt seit vielen Jahren erfolgreiche Konzepte zur aktiven Stadtentwicklung verfolge. Dazu gehöre auch, bestimmte Entwicklungsachsen weiterzuentwickeln.

Eine dieser Achsen sei die touristische Entwicklungsachse. Sie verlaufe über den Rheinberger, die Jugendherberge, den Exerzierplatz, die Höfelsgasse und das Messegelände bis hin zur Messe. Mit u.a. dem Rheinberger, der Alten Post, der Jugendherberge und dem Medi-Center habe man bereits wichtige Akzente gesetzt.

Man habe in der heutigen Sitzung über eine neue Entwicklung auf dem Messegelände beraten. Dort solle in Erweiterung des Medi-Centers ein großes MVZ entstehen.

Im Bereich der Höfelsgasse sei es der Stadt in den letzten Jahren gelungen, Schlüsselgrundstücke zu erwerben und ebenfalls wichtige Akzente zu setzen. So sei die fast 20 Jahre leerstehende Ruine der Kaufhalle abgerissen worden und werde zurzeit durch einen modernen Neubau ersetzt. Dieses Geschäftshaus werde unter anderem die Nahversorgung verbessern und als Geschäftshaus dienen.

In der Höfelsgasse seien noch weitere Grundstücke angekauft und baureif gemacht worden, z.B. das ehemalige Grundstück der Firma Brödel und das Eckgrundstück zur Höfelsgasse. Außerdem habe man die ehemalige Billardhalle und Grundstücke an der Schloßstraße erworben.

Im letzten Hauptausschuss sei ein Projekt auf dem Grundstück Ecke Höfelsgasse und Dankelsbachstraße vorgestellt worden. Dort habe sich früher eine Tankstelle befunden.

Bei dem neuen Projekt gehe es um die Errichtung eines B&B-Hotels mit ca. 90-95 Zimmern. Pirmasens habe in den vergangenen Jahren erheblich an touristischer Bedeutung gewonnen. Mit der Errichtung der Jugendherberge und Emils Hotel in Winzeln habe sich die Zahl der Übernachtungen innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Ein Hotel in unmittelbarer Innenstadtlage könne diese positive Entwicklung weiter vorantreiben. Es wäre außerdem ein Frequenzbringer für die Innenstadt. Aus städteplanerischer Sicht sei ein B&B-Hotel daher zu begrüßen, zumal es ein solches Konzept in Pirmasens bislang noch nicht gäbe.

Damit sich auch die Mitglieder des Rats ein eigenes Bild schaffen können, begrüße er Frau Rudat und Herrn Riesling, die das Projekt noch einmal vorstellen wollen.

Im nichtöffentlichen Teil solle dann über die Einzelheiten eines möglichen Kaufvertrags gesprochen werden.

Sodann stellt Frau Rudat, Projektmanagerin der KAIR GmbH, anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) das Projekt vor.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

Nachdem es keine Wortmeldungen oder Fragen gibt, leitet der Vorsitzende zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zu 4 **Einbringung des Haushaltes 2025**

Der Vorsitzende verliest die Rede zur Einbringung des Haushalts:

“Sehr geehrte Damen und Herren,

ich lege Ihnen heute den Entwurf für den Haushalt 2025 vor.

Wie Ihnen bereits bekannt ist, hat die Stadt Pirmasens in diesem Jahr am Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen (PEK)“ teilgenommen und dadurch von einer Entlastung beim Volumen der Liquiditätskredite profitiert. Das Land hat Kredite in Höhe von 294 Mio. Euro von der Stadt Pirmasens übernommen, was zu einer Verminderung der Zinsbelastung von rd. 1,6 Mio. Euro geführt hat.

So dankbar wir für die Entlastungen beim Kreditvolumen und bei den Zinsaufwendungen sind, so muss ich doch weiterhin darauf hinweisen, dass es nach wie vor an einer auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung für unsere laufenden Pflichtausgaben fehlt. Ich habe es bereits im letzten Jahr prognostiziert – alleine die Übernahme von Liquiditätskrediten ersetzt nicht eine dauerhafte und ausreichende Finanzausstattung, mit der die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Pflichtaufgaben bedarfsgerecht zu erfüllen. Die Haushalte, insbesondere bei den Städten mit hoher Sozialquote, bleiben ansonsten weiterhin defizitär und es werden künftig wieder neue Schulden aufgebaut werden. Die Verschuldungsspirale beginnt von neuem.

Leider haben sich meine Befürchtungen bestätigt. Im kommenden Jahr stehen den Erträgen von 178,58 Mio. Euro Aufwendungen von 198,55 Mio. Euro gegenüber. Damit erhöht sich das Defizit des Haushaltes 2025 um 4,8 Mio. Euro auf nunmehr 19,97 Mio. Euro.

Ich werde gleich noch ausführlicher auf die einzelnen Ursachen eingehen und Sie werden meinen Ausführungen entnehmen können, dass die Steigerung des Defizits wiederum außerhalb unseres Steuerungsbereichs liegt.

Ich kann deshalb auch nur erneut betonen, dass ich – gerade auch im Hinblick auf unsere zusammen mit dem Landkreis Kaiserslautern „gewonnene“ Klage gegen das Land in Sachen Finanzausgleich - diese Entwicklung für fatal halte. Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hatte mit seinem damaligen Urteil eindeutig bestätigt, dass der Finanzausgleich im Land verfassungswidrig ist.

Doch kommen wir zu den Ursachen des Defizits:

Der größte Teil der aktuellen Verschlechterungen in der Haushaltsplanung 2025 ist auf die Auswirkungen der Grundsteuerreform, die ab dem kommenden Jahr greift, zurückzuführen. Sie haben es vielleicht schon der Presse entnommen, dass die Auswirkungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind und die Reform zu enormen Verschiebungen führen kann. Die jeweiligen Kommunen und damit die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz sind ebenfalls unterschiedlich von der Reform betroffen. In Pirmasens haben die Hochrechnungen ergeben, dass bei gleichbleibendem Hebesatz ein Einnahmeverlust bei der Grundsteuer B von rd. 4,6 Mio. Euro (!!!) droht. Um Aufkommensneutralität zu erreichen – wie sie vom Land gefordert wird – müsste in unserer Stadt der Hebesatz von 570 v.H. auf 1.026 v.H. angehoben werden!! Nur mit diesem Hebesatz hätte die Stadt wieder das gleiche Grundsteueraufkommen wie vor der Reform.

Dieser exorbitant hohe Hebesatz fällt bereits unter das gerichtlich festgestellte „Erdrosselungsverbot“ (das momentan bei 995 v.H. liegt) und kann im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger keinesfalls umgesetzt werden. Es wurde deshalb bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2025 zunächst der bisherige Hebesatz in der Berechnung beibehalten und das verminderte Aufkommen bei der Grundsteuer B in die Planung aufgenommen.

Ende Oktober hat u.a. zu diesem Thema ein Gespräch mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier, unserer Aufsichtsbehörde, stattgefunden. Es wurde dabei auch der extrem hohe Steuersatz erörtert, der für die Aufkommensneutralität einzuplanen wäre, aber für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Dimension aus unserer Sicht unzumutbar ist. Die Aufsichtsbehörde hat sich damit einverstanden erklärt, dass als Signal für den Konsolidierungswillen dem Hauptausschuss ein Hebesatz von 700 v.H. vorgeschlagen wird. Diesen Hebesatz möchte ich in den anschließenden Haushaltsberatungen mit dem Hauptausschuss diskutieren und hoffe, dass wir zu einer Lösung finden.

Sollte der Hebesatz von 700 v.H. seitens des Stadtrates beschlossen werden, hätte das eine Verminderung des eingangs erwähnten Defizits um 1,6 Mio. Euro zur Folge und wir lägen dann bei einem Gesamtfehlbedarf von noch rd. 18,3 Mio. Euro.

Doch lassen Sie mich nun zu den weiteren Eckdaten des Haushalts kommen:

Bei der Schlüsselzuweisung B können wir erfreulicherweise eine Erhöhung von 2,6 Mio. Euro verbuchen (die aber leider nicht den auf der Reform basierenden Einbruch bei der Grundsteuer kompensieren kann). Auch die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer entwickeln sich positiv, sodass wir in diesen beiden Bereichen mit Mehreinnahmen von rd. 1,26 Mio. Euro rechnen können. Bei der Gewerbesteuer zeichnet sich ebenfalls ein Plus von rd. 500.000 Euro ab, wenn wir unserer Prognose die aktuelle Entwicklung zugrunde legen.

Im Budget Jugend und Soziales sind starke Veränderungen zu verzeichnen. Durch den Wegfall der Sondermittel für die Flüchtlingsaufnahme, die im Haushaltsjahr 2024 noch eingeplant waren, verschlechtert sich die Einnahmesituation im Haushalt 2025 um rd. 3 Mio. Euro. In der Eingliederungshilfe erhöhen sich die Kosten für Assistenzleistungen um ca. 800.000 Euro.

In den städtischen Kitas erhöhen sich zwar die Landeszuschüsse für Personal um 1,2 Mio. Euro. Gleichzeitig schlagen aber Kostenerhöhungen von rd. 900.000 Euro bei der Hilfe zur Erziehung, rd. 400.000 Euro bei der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und rd. 200.000 Euro bei den Hilfen für junge Volljährige zu Buche, so dass im Saldo eine Verschlechterung von rd. 580.000 Euro zu verkraften ist.

Knapp 300.000 Euro höhere Kosten entstehen beim Jobcenter durch die Anpassung des schlüssigen Konzepts. Dabei handelt es sich um die rechtssichere Ermittlung des angemessenen Mietpreises bei den Kosten der Unterkunft (KdU). Der ermittelte Mietpreis liegt im Schnitt ca. 8 % höher als im Vorjahr, was zu den Kostensteigerungen führt. Außerdem ist eine Erhöhung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen, was ebenfalls Mehrkosten bei den KdU zur Folge hat.

Für das Garten- und Friedhofsamt wurde ein Betrag von 160.000 Euro eingestellt zur Instandsetzung des Dynamikumradwegs, nachdem Beschädigungen aufgrund von Starkregen aufgetreten sind.

Verbesserungen zeichnen sich beim Gebäudemanagement ab. Dort können die Kosten für den Gebäudeunterhalt um 250.000 Euro gesenkt werden. Weitere Verbesserungen ergeben

sich in diesem Budget bei den Ordnungsmaßnahmen im Stadtgebiet mit rd. 745.000 Euro und bei den Wartungsverträgen für Gebäude mit 150.000 Euro.

Beim Tiefbauamt ist es gelungen, die Unterhaltungskosten für das Infrastrukturvermögen um 550.000 Euro zu senken. Einsparungen von 250.000 Euro konnten auch bei den Stromkosten für die Straßenbeleuchtung erreicht werden. Insgesamt waren somit Verbesserungen von 800.000 Euro auszuweisen.

Im Budget des Schulverwaltungsamtes wirken sich die Erhöhung der Kosten für das Deutschlandticket von 49 auf 58 Euro negativ bei der Schülerbeförderung aus. Es waren Mehrkosten von 145.000 Euro zu veranschlagen.

Beim Haupt- und Personalamt führt die Einführung einer 2-Faktor-Authentifizierung für die gesamte Verwaltung zu höheren Ausgaben von knapp 90.000 Euro. Für die Überarbeitung des Konzepts zum Stadtleitbild wurde ein Ansatz von 55.000 Euro veranschlagt.

Erhöhen werden sich im gleichen Budget aufgrund der erneut hohen Tarifsteigerungen und der zu erwartenden Anpassungen die Personalaufwendungen um rd. 3 Mio. Euro auf 53,9 Mio. Euro. Davon entfallen rd. 1,3 Mio. Euro auf Tarif- und Besoldungserhöhungen, 750.000 Euro auf neue Stellen – darunter 20 neue Stellen alleine im Kita-Bereich, 600.000 Euro auf strukturelle Änderungen wie beispielsweise Beförderungen und Höhergruppierungen und 135.000 Euro auf die Erhöhung der Versorgungsumlage für Beamte.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr steigen um 63.000 Euro und wurden entsprechend im Budget des Brand- und Katastrophenschutzes eingestellt.

Das waren die wesentlichen Veränderungen in den einzelnen Budgets. Wir werden die einzelnen Positionen ausführlich in den anschließenden Beratungen im Hauptausschuss erörtern.

Einige Veränderungen wird es auch in der Haushaltssatzung geben.

Aufgrund der Grundsteuerreform besteht die Besonderheit, dass die ab 01.01.2025 geltenden Hebesätze bis Ende dieses Jahres beschlossen und die Satzung veröffentlicht sein muss. Dies ist wegen des vorgeschriebenen Genehmigungsverfahrens bei der Haushaltssatzung zeitlich nicht realisierbar. Aus diesem Grund müssen die Realsteuerhebesätze in einer gesonderten Hebesatz-Satzung noch vor Ende des Jahres beschlossen werden. Die Steuerabteilung beim Amt Finanzen bereitet aktuell den Entwurf der Satzung vor und wird nach Abschluss der Haushaltsberatungen die entsprechenden Steuersätze einfügen. Die Hebesatz-Satzung wird dann in der Sitzung am 16.12.2024 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ebenso wird die Haushaltssatzung noch angepasst werden, damit auch diese bei Vorlage an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion die aktuellen Hebesätze enthält.

Bei den Kulturveranstaltungen ist eine Gebührenänderung vorgesehen: Die Einzelkarten werden zwischen zwei und fünf Euro erhöht. Außerdem wird der Pauschalbetrag für die Ersterstellung des Grundstücksanschlusses von 2.812 Euro auf 5.000 Euro angehoben.

Weitere Erhöhungen sind in der Haushaltssatzung nicht vorgesehen.

Ich komme nun zu den Investitionen im Finanzhaushalt:

Das Investitionsvolumen der Stadt Pirmasens liegt bei rd. 22,8 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von rd. 4,0 Mio. Euro.

Das für das Jahr 2025 im Finanzhaushalt geplante Investitionsvolumen von 22,8 Mio. Euro verteilt sich wie folgt:

Schulen/Jugend/Bildung	8,1 Mio. Euro
Stadtentwicklung	6,4 Mio. Euro
Straßenbauprojekte	4,3 Mio. Euro
Fahrzeuge Feuerwehr/Katastrophenschutz	2,1 Mio. Euro
Sonstige Anschaffungen und Projekte	1,9 Mio. Euro

Zur Finanzierung dieser Investitionen werden Kreditaufnahmen von 11,0 Mio. Euro erforderlich sein. Dessen steht eine laufende Kredittilgung von 5,4 Mio. Euro gegenüber. Damit beträgt die Nettoneuverschuldung im kommenden Jahr 5,6 Mio. Euro.

Hier haben wir Ihnen das mittels eines Diagramms dargestellt:



Der größte Teil der vorgesehenen Investitionen fließt in die Sanierung von Schulgebäuden und in den Bereich Kindertagesstätten.

Mit Inkrafttreten des Ganztagsförderungsgesetzes wird ab 01. August 2026 stufenweise ein Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung für Kinder im Grundschulalter verankert. Die damit einhergehenden Investitionen bei den Grundschulen im Umfang von rd. 2,1 Mio. Euro werden vom Bund mit 70 v. H. gefördert. Der städtische Eigenanteil beträgt rd. 640.000 Euro.

Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

Umgestaltung Außenbereich RS-Grundschule	600.000 Euro
Einbau einer Mensa GS Horeb	420.000 Euro
Einbau einer Mensa GS Wittelsbach	600.000 Euro
Umbau Foyer zu einer Mensa GS Fehrbach	150.000 Euro
Sonnenschutz Grundschulen	290.000 Euro

Für alle Schulen stehen Mittel für die Einrichtung von insgesamt 480.000 Euro zur Verfügung.

Die finanziellen Mittel für die Vorplanung eines zweiten Standortes für die Landgraf-Ludwig-Realschule in Höhe von 300.000 Euro sind im aktuellen Haushaltsplanentwurf berücksichtigt.

Die Sanierung des Hugo-Ball-Gymnasiums mit 910.000 Euro und der Umbau der Fachsäle im Immanuel-Kant-Gymnasium mit 1,0 Mio. Euro werden fortgeführt.

Auf dem Gelände der Husterhöhschule ist der Neubau eines Schulzentrums der Pirminiuschule der Heinrich-Kimmle-Stiftung geplant. Neben der Pirminiuschule soll auch die Grundschule Husterhöh neu gebaut werden. Die Kosten für den Neubau der Pirminiuschule werden zwischen der Stadt und dem Landkreis auf Basis der Schülerzahlen zum Stichtag 1. Oktober des Schuljahres vor Baubeginn aufgeteilt (aktuell: Stadt 56 % / Landkreis 44 %). Unser Anteil an der Vorplanung beträgt 550.000 Euro.

Damit der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz gewährleistet werden kann, müssen neue Kindergärten gebaut werden. Hierfür haben wir folgende Ansätze eingeplant:

Umbau Container Kita Horeb und BBS	500.000 Euro
Planungskosten für Neubau Johannes-Kita	250.000 Euro
Planungskosten für Neubau Kita-Winzeln	100.000 Euro
Planungskosten für eine weitere Kita	100.000 Euro

Für die Fortführung des Neubaus der städtischen Turnhalle in der Turnstraße sind 5,5 Mio. Euro und 1,6 Mio. Euro für das neue Jugendhaus in der Joßstraße eingeplant.

Ich freue mich sehr, dass die Städtebauförderung diese beiden für die Stadt wichtigen Projekte möglich machte und möchte mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich für die hohe Förderung von 90 % bei Bund und Land bedanken.

Für den Straßenbau sind Investitionen im Umfang von 4,3 Mio. Euro vorgesehen. Davon entfallen auf Maßnahmen im Rahmen des Straßenausbauprogramms Mittel in Höhe von 3,2 Mio. Euro. Seit Einführung der wiederkehrenden Beiträge im Jahr 2001 wurden damit bis Ende 2024 insgesamt 141 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von rd. 63 Mio. Euro in der Stadt durchgeführt. Im Jahr 2025 sollen weitere 12 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rd. 3,2 Mio. Euro dazu kommen.

Für den barrierefreien Ausbau der ÖPNV-Haltestellen sind 500.000 Euro veranschlagt. Von den insgesamt 275 Bushaltestellen in Pirmasens muss ein Großteil umgebaut werden. Die Verwaltung plant, in einem jährlichen Bauumfang von ca. 500.000 Euro Haltestellen zu erneuern. Die Maßnahme wird mit 85 % der förderfähigen Baukosten vom Land bezuschusst. Im kommenden Jahr sollen folgende Bushaltestellen umgebaut werden:

Richard-Wagner-Straße
Waisenhausstraße
Kirchbergstraße
Bitscher Straße

Agentur für Arbeit
Im Erlenteich

Für Planungskosten zur Erschließung des Industriegebietes in Winzeln, WZ 128, wurden Mittel in Höhe von 500.000 Euro in den Entwurf des Haushaltsplanes aufgenommen. Der entsprechende Förderantrag zur Erschließung des Gewerbegebietes wurde bereits gestellt.

Für den Kauf von strategischen Grundstücken, insbesondere für den Bau von Kindergärten, für Ausgleichsflächen, landwirtschaftlichen Flächen und für den Kauf von Grundstücken im Rahmen des Straßenausbauprogrammes sind 500.000 Euro vorgesehen.

Im kommenden Jahr sind 2,1 Mio. Euro für den Erwerb von städtischen Feuerwehr- und Katastrophenschutzfahrzeugen vorgesehen. Es handelt sich um altersbedingte Ersatzbeschaffungen. Hierfür sind Landeszuschüsse von 450.000 Euro eingeplant.

Soweit ein kurzer und grober Überblick über den Entwurf des Haushaltsplanes 2025.

Ich schlage Ihnen vor, diesen zur Beratung an die Ausschüsse und Gremien zu verweisen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.”

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 zur Beratung an die Ausschüsse zu verweisen.

zu 5 Berichterstattung Beirat für Migration und Integration

Der Vorsitzende teilt mit, der Beirat habe kurzfristig neu gewählt werden müssen. Er übergibt das Wort an Herrn Milliadis, der die bisherige Arbeit des Gremiums anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) vorstellt.

Ratsmitglied Eyrisch spricht den bisherigen Mitgliedern Dank für ihre geleistete Arbeit aus.

Ratsmitglied Hussong spricht ebenfalls seinen Dank aus. Er hoffe, dass der neue Beirat an diese Arbeit anknüpfen werde.

zu 6 Bildung Schulträgerausschuss Vorlage: 1927/II/10/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 31.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig offen abzustimmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Ausschussbesetzung das Verhältnis zwischen Ratsmitgliedern und sonstigen wählbaren Bürger/innen gewahrt sein solle, hierbei sollten mindestens die Hälfte der Mitglieder Ratsmitglieder sein.

Weiterhin sei in der vergangenen Wahlperiode eine Regelung bezüglich der Stellvertretung von Ratsmitgliedern in allen gemeindlichen Ausschüssen gefasst worden, nach welcher die Ratsmitglieder, wie im Hauptausschuss auch, keine persönlichen Stellvertreter haben, sondern alle Fraktionsmitglieder in der Reihenfolge des Wahlergebnisses als Stellvertreter eingesetzt werden könnten.

Für sonstige wählbare Bürger müssten jedoch weiterhin persönliche Stellvertreter gewählt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Stellvertreterregelung.

Sodann erläutert der Vorsitzende das Wahlverfahren und bittet die Fraktionen um ihre Wahlvorschläge für die 16 auf Vorschlag des Rates zu wählenden Mitglieder.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Für den Schulträgerausschuss werden / wird

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Mitglied

Stellvertreter/in

Welker Bastian
Brigitte Frank
Martin Thorenz
Edeltraut Buser-Husson

Uschi Riehmer
Alexander Krebs

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Mitglied

Stellvertreter/in

Julia Fricke
Axel Müller
Frederic Krämer
Peter Schwarz
Dania Zimmermann
Dr. Florian Dreifus
Jan Weimann
Stefanie Eyrisch

Michelle Jetzschmann
Jürgen Diehl

Uwe Bernhardt
Sandro Kiefer

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als

Mitglied

Stellvertreterin

Jürgen Bachert

Sora Zuber

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

Mitglied

Stellvertreter/in

Barbara Deutschmann

Florian Bandner

Sabine Schunk

Hartmann Jürgen

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

Mitglied

Stellvertreter

Alexander Felgner

Jochen Knerr

Gernot Gölter

vorgeschlagen.

Die FDP hat keinen Wahlvorschlag gemacht.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

Der Wahlvorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Wahlvorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 19 Stimmen = 7 Sitze

Der Wahlvorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält 2 Stimmen
= 1 Sitz

Der Wahlvorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 4 Sitze

Der Wahlvorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Edeltraut Buser-Hussong, Stefanie Eyrisch und Knerr Jochen) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Schulträgersausschuss.

Weiter werden als Lehrkräfte bzw. gewählte Elternvertreter/innen und Schülervvertreter/innen sowie als Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter vorgeschlagen:

Schulart Grundschule

Wahlvorschlag:

Lehrkräfte:	Aline Sandoz – GS Gersbach/Windsberg/Winzeln
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Laura Dörner – GS Fehrbach
Elternvertreter/in:	Jessica Scheidel – GS Fehrbach
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Ivette Schell – GS Gersbach/Windsberg/Winzeln

Schulart Realschule plus

Wahlvorschlag:

Lehrkräfte:	Jeanette Kriwy – Käthe Dasser Realschule plus
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Liane Fremgen – Landgraf-Ludwig-Realschule plus
Elternvertreter/in:	Martina Hartstirn – Landgraf-Ludwig-Realschule plus
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Sabine Gabriel – Landgraf-Ludwig-Realschule plus

Schulart Gymnasien

Wahlvorschlag:

Lehrkräfte:	Thomas Mohr – Leibniz-Gymnasium
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Axel Sprau – HBG
Elternvertreter/in:	Nina Zinzow – IKG
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Dirk Dreffkorn – HBG

Schulart Förderschule

Wahlvorschlag:

Lehrkräfte:	Sandra Rubly – Matzenbergschule Konrektorin –
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Volker Koch – Matzenbergschule Schulleiter –
Elternvertreter/in:	Tamara Fremgen – Matzenbergschule –
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Martina Cusumano – Matzenbergschule –

Schulart Berufsbildende Schule

Wahlvorschlag:

Lehrkräfte:	OStD Kerstin Belyea – BBS Pirmasens
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	StD Markus Kiefer – BBS Pirmasens
Elternvertreter/in:	Claudia Steffke
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Sandra Jung
Arbeitgebervertreter/in: Kreishandwerkerschaft	Michael Lindenschmitt – Kreishandwerkerschaft Westpfalz
Arbeitgebervertreter/in Stellvertreter/in	André Morio – Kreishandwerkerschaft Westpfalz
Arbeitnehmervertreter/in:	Peter Ebert – DGB –

Arbeitnehmersvertreter/in Stellvertreter/in:	Josef Jahn – DGB –
-------------------------------------------------	---------------------------

Schülervertretung (LSV RLP – bzw. SSV Pirmasens)

Wahlvorschlag:

Schülervertretung	Jonas Jahn - IKG
Stellv. Schülervertretung	Jan Fremgen – IKG

Er wählt die Vorgeschlagenen einstimmig als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Schulträgerausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Ratsmitglieder die Wahl an.

zu 7 Anwendung der Fortschreibung des Schlüssigen Konzeptes Vorlage: 1917/II/50.6/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Jugend- und Sozialamtes vom 16.09.2024.

Ratsmitglied Haberkost erklärt, seine Fraktion sei gegen eine Mietspiegelanpassung in Pirmasens, da als Konsequenz die Sozialausgaben enorm steigen würden.

Der Stadtrat beschließt bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt, dass die vom Unternehmen Analyse und Konzepte fortgeschriebenen Ergebnisse entsprechend dem vorgelegten Konzept bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II und SGB XII ab 01.01.2025 angewendet werden.

zu 8 Neubau Schulzentrum Nord - Grundsatzbeschluss Vorlage: 1923/II/65.2/2024

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 01.10.2024 und erläutert ausführlich den Hintergrund der Maßnahme.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Neubau des „Schulzentrum Nord“, bestehend aus Pirminiussschule und Husterhöhschule, auf dem Gelände der Husterhöhschule wird grundsätzlich zugestimmt.

Auf dem Gelände der Husterhöhschule ist der Neubau eines Schulzentrums vorgesehen. Das „Schulzentrum Nord“ wird aus der Pirminiussschule der Heinrich-Kimmle-Stiftung und der städtischen Husterhöh-Grundschule bestehen.

Für diese Gesamtmaßnahme wird die Durchführung eines Architekturwettbewerbs beschlossen.

Die Auslobung des Wettbewerbs wird durch die Heinrich-Kimmle-Stiftung erfolgen.

zu 9 Auftragsangelegenheiten
zu 9.1 Auftragsvergabe für eine Drehleiter DLA(K) 23-12
Vorlage: 1925/III/38/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Brand- u. Katastrophenschutzes vom 22.10.2024.

Beigeordneter Clauer zeigt die Gründe für die Neuanschaffung auf.

Bei der zu ersetzenden Drehleiter handle es sich um ein 33 Jahre altes Fahrzeug, das nicht mehr dem Stand der Technik entspreche und starke Verschleißerscheinungen aufweise. In naher Zukunft seien kostenintensive Reparaturen erforderlich. Das Fahrzeug diene zur Menschenrettung, zur Brandbekämpfung und sonstigen Hilfeleistungen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Firma MAN Truck & Bus Deutschland GmbH in Koblenz wird beauftragt ein Pritschenwagen und Fahrgestell (LK) TGM 15.320 4x2 LL CH entsprechend dem eingereichten Angebot zu liefern [LOS1].

Die Firma Magirus GmbH in Ulm wird beauftragt einen Aufbau für die Drehleiter gemäß Ausschreibung entsprechend dem eingereichten Angebot zu liefern [LOS2].

Des Weiteren wird die Firma W. Schmitt GmbH Feuerwehrtechnik in Neuwied damit beauftragt die Beladung für die Drehleiter gemäß Ausschreibung entsprechend dem eingereichten Angebot zu liefern [LOS3]. Es wird der Empfehlung der mit der Ausschreibung beauftragten Kommunalberatung für Feuerwehrtechnik – Ralf Schnabel in Neuwied gefolgt. Die Gesamtsumme der Beauftragung laut vorliegender Angebote beträgt **1.092.140,37 Euro**.

Verrechnung: Inv.Nr. 1261000001 „Anschaffung Feuerwehrfahrzeuge“

zu 10 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO - Weisung an den Vertreter der Stadt in der
Gesellschafterversammlung der

Der Vorsitzende schlägt vor, die Entlastung der Aufsichtsräte jeweils zunächst zurückzustellen und am Ende des TOPs abzustimmen.

Der Stadtrat beschließt dies einstimmig.

zu 10.1 Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH

zu 10.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Forster und bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Krankenhauses vom 02.10.2024.

Herr Forster informiert über den Jahresabschluss und zur allgemeinen Lage der Krankenhäuser.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Jahresabschluss 2023 der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt. Der Jahresüberschuss in Höhe von € 501.765,49 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

zu 10.1.2 Entlastung der Geschäftsführung 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Krankenhauses vom 02.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Geschäftsführung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2023 erteilt.

zu 10.1.3 Entlastung des Aufsichtsrates 2023

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Krankenhauses vom 02.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2023 erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Oberbürgermeister Zwick, Beigeordneter Clauer sowie die Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter haben an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teilgenommen und sich in den Zuhörerbereich begeben.

zu 10.2 Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens

gGmbH (MVZ GmbH)

zu 10.2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des MVZ vom 02.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Jahresabschluss 2023 der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt. Der Jahresüberschuss in Höhe von € 35.695,58 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

zu 10.2.2 Entlastung der Geschäftsführung 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des MVZ vom 02.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Geschäftsführung der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2023 erteilt.

zu 10.2.3 Entlastung des Aufsichtsrates 2023

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des MVZ vom 02.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Dem Aufsichtsrat des Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ GmbH) wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2023 erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Oberbürgermeister Zwick, Beigeordneter Clauer sowie die Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter haben an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teilgenommen und sich in den Zuhörerbereich begeben.

zu 10.3 "Der Rheinberger" Verwaltungsgesellschaft mbH

zu 10.3.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Stegner und bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 15.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“-Verwaltungs-GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss 2023 mit einem Überschuss von 387,91 EUR der „Der Rheinberger“ Verwaltungs-GmbH und der Lagebericht werden festgestellt und das Ergebnis auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 10.3.2 Entlastung der Geschäftsführung 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 15.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“-Verwaltungs-GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Geschäftsführung der „DER RHEINBERGER“ Verwaltungs-GmbH wird für das Jahr 2023 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Beigeordneter Denis Clauer sowie Ratsmitglied Dieter Clauer haben gem. § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen und im Zuhörerbereich Platz genommen.

zu 10.3.3 Entlastung des Aufsichtsrates 2023

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 15.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“-Verwaltungs-GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der „DER RHEINBERGER“ Verwaltungs-GmbH wird für das Jahr 2023 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Oberbürgermeister Zwick, Beigeordneter Clauer sowie die Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter haben gem. § 22 GemO an Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen und im Zuhörerraum Platz genommen.

zu 10.3.4 Bestellung der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 31.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“ Verwaltungsgesellschaft mbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Zum Abschlussprüfer der „DER RHEINBERGER“ Verwaltungsgesellschaft mbH für das Wirtschaftsjahr 2024 wird die Schmitt, Knoll & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestellt.

zu 10.3.5 Wirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 31.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „DER RHEINBERGER“ Verwaltungsgesellschaft mbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Wirtschaftsplan der „DER RHEINBERGER“ Verwaltungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2025 wird im Erfolgsplan mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.700,00 € abschließen.

Der Vermögensplan und mittelfristige Finanzplan werden mit Endsummen von 0,00 € festgelegt.

zu 10.4 "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG

zu 10.4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 15.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“-Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss 2023 mit einem Jahresüberschuss von 57.345,54 EUR der „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und der Lagebericht werden festgestellt und das Ergebnis auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 10.4.2 Entlastung der Geschäftsführung 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 31.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“-Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Den Geschäftsführern der "DER RHEINBERGER" Besitzgesellschaft mbH & Co.KG wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Beigeordneter Denis Clauer und Ratsmitglied Dieter Clauer haben gem. § 22 GemO an Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen und sich in den Zuhörerbereich begeben.

zu 10.4.3 Entlastung des Aufsichtsrates 2023

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 31.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“-Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der "DER RHEINBERGER" Besitzgesellschaft mbH & Co.KG wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Oberbürgermeister Zwick sowie die Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter haben gem. § 22 GemO an Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen und sich in den Zuhörerraum begeben.

zu 10.4.4 Bestellung der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 31.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“-Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Zum Abschlussprüfer der „DER RHEINBERGER“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG für das Wirtschaftsjahr 2024 wird die Schmitt, Knoll & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestellt.

zu 10.4.5 Wirtschaftsplan 2025

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 31.10.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „DER RHEINBERGER“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Wirtschaftsplan der „DER RHEINBERGER“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2025 wird im Erfolgsplan mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 82.000,00 € abschließen und der Vermögensplan wird mit der Endsumme von 100.000,00 € festgestellt.

Der Stellenübersicht mit 2 Stellen zuzüglich der beiden geringfügig Beschäftigten wird zugestimmt.

Der Finanzplanung 2025 bis 2029 mit einem Gesamtvolumen von 3.103.000,00 € wird zugestimmt.

zu 11 Spendenannahme gemäß § 94 Abs. 3 GemO Vorlage: 1920/I/10.1/2024

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

Geldspenden:

Spender	Zweck	Betrag
Münzenversandhaus Reppa GmbH	Spende für den Tag des offenen Denkmals, "Rave" in ehem. Pakethalle am 07.09.2024 und "Urban Sketching" in der Fußgängerzone am 08.09.2024	600,00 €
Lotto Rheinland-Pfalz - Stiftung	Spende für den Tag des offenen Denkmals, "Rave" in ehem. Pakethalle am 07.09.2024 und "Urban Sketching" in der Fußgängerzone am 08.09.2024	500,00 €
Lions Hilfe Pirmasens	Spende für den Tag des offenen Denkmals, "Rave" in ehem. Pakethalle am 07.09.2024 und "Urban Sketching" in der Fußgängerzone am 08.09.2024	2.000,00 €
Sparkasse Südwestpfalz	Spende für den Tag des offenen Denkmals, "Rave" in ehem. Pakethalle am 07.09.2024 und "Urban Sketching" in der Fußgängerzone am 08.09.2024	2.000,00 €
Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH	Spende für den Tag des offenen Denkmals, "Rave" in ehem. Pakethalle am 07.09.2024 und "Urban Sketching" in der Fußgängerzone am 08.09.2024	2.500,00 €
Marketing e. V.	Spende als Zuschuss zur Ausrichtung 25 jähriges Jubiläum Seniorenbeirat Pirmasens am 15.05.2024	250,00 €

zu 12 Anträge der Fraktionen

zu 12.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2024 bezüglich "Kindertagesbetreuung"

Ratsmitglied Di Benedetto begründet den Antrag (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) laut schriftlicher Antragsbegründung. Er betont, im Antrag gehe es nicht darum, die Arbeit der Erzieher und Erzieherinnen zu kritisieren, sondern die Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung zu verbessern.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen und ihn dort gemeinsam mit Vertretern des Jugendamtes im Detail zu beraten. Zum Antrag führt er aus, dass der Rahmen durch das Land vorgegeben werde, die Stadt für die Umsetzung zuständig sei. Wegen der vielen Flüchtlingskinder plane die Stadt bereits jetzt über den Bedarf hinaus. Dies müsse man sich jedoch auch leisten können. Angesichts der finanziellen Situation der

Kommunen, sei man gezwungen Kosten einzusparen, auch im Sozialbereich. Von daher würden in Zukunft über den Rechtsanspruch hinaus keine Angebote mehr finanzierbar sein. Die Überprüfung des KiTa-Gesetzes und der Kita-Fachkräftevereinbarung seien dringend notwendig. Man werde versuchen hier einwirken zu können.

Der Stadtrat stimmt der Verweisung des Antrages an den Hauptausschuss einstimmig zu.

zu 12.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2024 bezüglich "Installierung öffentlicher Trinkwasserbrunnen"

Ratsmitglied Tilly begründet den Antrag (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) laut schriftlicher Antragsbegründung.

Bürgermeister Maas nimmt Bezug auf den Antrag der Koalitionsfraktionen in der Stadtrats-sitzung am 23.09.2024 betr. Integriertes Hitzeschutzkonzept für die Stadt Pirmasens und gibt einen Rückblick auf die bereits in diesem Zusammenhang vorgestellten Maßnahmen in der Stadt Pirmasens. Als eine Maßnahme sei die Erstellung eines Hitzeaktionsplan genannt worden, wofür ein Zuschussantrag gestellt worden sei. Mit dem Bescheid rechne man im Jahr 2025. So könne beispielsweise der Alte Friedhof mit seiner natürlichen Beschattung und einer möglichen Öffnung des Carolinensaals an Hitzetagen zur Abkühlung dienen. Auch Trinkwasserbrunnen seien in der angesprochenen Stadtratssitzung bereits Thema gewesen, wobei er nochmals klarstellen wolle, dass er nicht gegen Trinkwasserbrunnen gesprochen habe und auch nicht gesagt habe, dass diese nicht angenommen werden. Er habe lediglich Rückmeldungen wiedergegeben, dass es bei einer der Zielgruppen, den Senioren, noch Akzeptanzprobleme gebe.

Zum aktuellen Antrag der SPD führt er aus, nach der EU-Trinkwasserrichtlinie seien Städte und Gemeinden verpflichtet Trinkwasserbrunnen zur Verfügung zu stellen, sofern dies technisch machbar sei und es dem Bedarf entspreche. Diesen Bedarf gelte es in einer Bürgerbe-teiligung herauszuarbeiten.

Anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) geht er am Beispiel Darmstädter Platz nochmals insbesondere auf die Themen Zuschuss und Hygiene ein.

Ratsmitglied Haberkost erinnert, die AfD habe bereits im Jahr 2020 einen Antrag zum Thema Trinkwasserbrunnen gestellt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt der Vorsitzende vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss zu verweisen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Verweisung in den Hauptausschuss.

zu 13 Anfragen und Informationen zu 13.1 Beantwortung von Anfragen

**zu 13.1.1 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD für die Stadtratssitzung am 23.09.2024
bezüglich „Sauberkeit der Innenstadt – Rattenprobleme“**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

**zu 13.1.2 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD für die Stadtratssitzung am 23.09.2024
bezüglich „Sicherung von Veranstaltungen“**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

**zu 13.1.3 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD für die Stadtratssitzung am 23.09.2024
bezüglich „Ausreisepflichtiger Personen“**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 10 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

**zu 13.1.4 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD für die Stadtratssitzung am 23.09.2024
bezüglich „Kirchenasyl“**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 11 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

zu 13.1.5 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen für die Stadtratssitzung am 23.09.2024 bezüglich „Taschen Schulbuchausleihe“

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 12 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

**zu 13.1.6 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD für die Stadtratssitzung am 23.09.2024
bezüglich „Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus der Ukraine“**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 13 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

**zu 13.1.7 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion für die Stadtratssitzung am 23.09.2024
bezüglich „Entwicklung der Fallzahlen beim Jobcenter“**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 14 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

**zu 13.1.8 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD für die Stadtratssitzung am 23.09.2024
bezüglich „Einschulung“**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung (siehe Anlage 15 zur Niederschrift) werde hochgeladen.

zu 13.2 Informationen

zu 13.2.1 Haushaltskonsolidierungsrunde

Bürgermeister Maas teilt mit, es solle eine Haushaltskonsolidierungsgruppe eingerichtet werden. Er bittet die Fraktionen dem Sitzungsdienst je einen Teilnehmer zu melden. Die erste Sitzung sei für Anfang Dezember geplant.

zu 13.2.2 Informationen Vergabeermächtigungen

Bürgermeister Maas erläutert die Auftragsvergaben zur Generalsanierung der Landgraf-Ludwig-Realschule plus (siehe Anlage 16 zur Niederschrift).

zu 13.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 13.3.1 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 07.11.2024 bezüglich "Drohende Erhöhung der Grundsteuer"

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Anfrage (siehe Anlage 17 zur Niederschrift) und teilt mit, die Beantwortung erfolge im Rahmen der Haushaltsberatungen.

zu 13.3.2 Anfrage der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen betr. Aktion Saubere Landschaft (Einwegbecher)

Ratsmitglied Wittmer verliest die Anfrage (siehe Anlage 18 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

zu 13.3.3 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis '90/Die Grünen betr. Fahrzeugflotte

Ratsmitglied Wittmer verliest die Anfrage (siehe Anlage 19 zur Niederschrift).

Bürgermeister Maas teilt mit, die Stadtwerke hätten zwei E-Fahrzeuge als PKW-Kurierfahrzeuge im Einsatz (u.a. "der kleine Stromer"). Außerdem würden die Stadtwerke derzeit zwei Busse mit E-Antrieb von unterschiedlichen Herstellern testen. Dabei gehe es darum Einschätzungen im Hinblick auf Qualität und Reichweiten zu erhalten. Ziel solle sein, die Busflotte von aktuell ca. 20 Bussen in den nächsten Jahren gegebenenfalls auf E-Antrieb umzustellen. Darüber hinaus hätten die Stadtwerke entsprechende Tests mit "grünem Treibstoff" durchgeführt und dessen Eigenschaft im Hinblick auf Laufleistung und Auswirkungen auf die Motoren und Antriebe. Auch hier seien positive Erfahrungen gesammelt worden, so dass die weiteren Nutzfahrzeuge der Flotte mit diesem Treibstoff die GreenVehicleDirective erfüllen.

Bei der Stadtverwaltung seien ebenfalls mehrere E-Fahrzeuge im PKW-Bereich im Einsatz (u.a. beim Gebäudemanagement und Hauptamt/Zustellung der Post). Der WSP habe seit diesem Jahr einen Bagger mit Gasantrieb im Einsatz und teste diverse 7,5 t-Fahrzeuge (ähnlich den Postfahrzeugen mit E-Antrieb). Die Groß-LKWs (Kehrmaschinen, Müllfahrzeuge etc.) würden dann mit dem o.g. "grünen Treibstoff" betankt, um die CVD zu erfüllen. E-Antriebe seien noch nicht marktreif.

Nach wie vor bemühe sich die Stadtverwaltung über entsprechende Zuschussanträge den Ausbau der Sektorenkopplung am Energiepark voranzutreiben mit dem Ziel am Standort auch eine Gastankstelle (CNG) aufbauen zu können. Die Dieselmotoren der Großmaschinen könnten dann auf den Gasantrieb umgestellt werden.

zu 13.3.4 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis '90/Die Grünen betr. Änderung StVO

Ratsmitglied Wittmer verliest die Anfrage (siehe Anlage 20 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende und Beigeordneter Clauer verweisen auf die im Rat beschlossenen Verkehrskonzepte und sagen eine Überprüfung zu.

zu 13.3.5 Anfrage der Stadtratsfraktion SPD betr. Poller in Winzeln

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob die Sperrpfosten auf dem Wirtschaftsweg zwischen Winzeln und Gersbach bereits aufgestellt seien.

Beigeordneter Clauer teilt mit, seines Wissens seien die Poller bereits aufgestellt.

zu 13.3.6 Anfrage der Stadtratsfraktion SPD betr. Calisthenics Park

Ratsmitglied Tilly fragt nach dem aktuellen Sachstand betreffend Calisthenics Park.

Beigeordneter Clauer antwortet, der Park sei schon eingeweiht.

Der Vorsitzende fügt hinzu, die Eröffnung sei bereits erfolgt und man könne ihn nutzen.

zu 13.3.7 Anfrage der Stadtratsfraktion CDU betr. Textilcontainer

Ratsmitglied Semmet bezieht sich auf die Altkleider-Container der Firma „AWO“ im Stadtgebiet, insbesondere auch in Winzeln in der Molkenbrunner Straße.

Er habe bereits dreimal erfolglos bei der Firma angerufen und um Leerung gebeten. Er bittet die Verwaltung, ebenfalls wegen der Leerung bei der Firma anzurufen.

Außerdem bittet er darum, den Müll und die illegalen Ablagerungen um die Container zu beseitigen.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

zu 13.3.8 Anfrage der Stadtratsfraktion CDU betr. Schließung Cafe Bergdoll

Ratsmitglied Weimann fragt an, ob seitens der Stadt mit Blick auf die Schließung des Au Petit Café Bergdoll weiterhin eine gastronomische Nutzung der Räumlichkeiten vorgesehen sei und falls ja, ob es schon Interessensbekundungen gebe.

Beigeordneter Clauer teilt mit, man sei an dem Thema dran und werde zu gegebener Zeit berichten.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.10 Uhr.

Pirmasens, den 26. September 2025

gez. Markus Zwick
Vorsitzender (außer TOP 10.1.3, 10.2.3, 10.3.3, 10.4.3)

gez. Michael Maas
Vorsitzender (bei TOP 10.1.3, 10.2.3, 10.3.3, 10.4.3)

gez. Stefanie Huber
Protokollführerin bis TOP 6

gez. Iveta Leidinger
Protokollführerin ab TOP 7